

ZWEITE RUNDE MIT ERHÖHTEN GEGENFORDERUNGEN BEI ARBEITSZEIT UND URLAUB

Die Arbeitgeber verschärfen Konflikt

Das war eine eindeutige Verschärfung gegenüber der ersten Runde: Die Arbeitgeber wollen die Tarifverträge für Arbeitszeiten über 40 Stunden pro Woche und für Urlaubskürzungen öffnen. Außerdem wollen sie erreichen, dass die Mehrstunden unbezahlt bleiben können. Sie koppeln eine mögliche Tarifierhöhung weiterhin an Zugeständnisse der IG Metall in diesen Fragen. Auch in der zweiten Verhandlungsrunde vom 14. Januar in Erfurt verweigerten sie ein Angebot.

Die Arbeitgeber müssten darauf achten, den Abstand in der Arbeitszeit zum Westen zu halten. Deshalb bräuchten sie in Thürin-

Zukunft sichern.
Tarif 2004



gen eine Öffnung der Tarifverträge für „40 Stunden plus“. Auch Kürzungen beim Urlaub müssten möglich sein, sagte ihr Verhandlungsführer Wilhelm Kaufmann. Außerdem unterstrich er, dass die Arbeitgeber daran festhalten würden, dass die IG Metall erst Zugeständnisse bei der Arbeitszeit machen müsste, bevor sie über Geld reden würden.

Unser Bezirksleiter und Verhandlungsführer Klaus Mehrens

hatte die Arbeitgeber zuvor aufgefordert, dieses Junktim fallen zu lassen. „Sie tragen damit völlig unnötig zur Verschärfung der Tarifauseinandersetzung bei“, hatte er den Arbeitgebern vorgeworfen. Denn was sie fordern würden, sei sozialpolitisch unzumutbar und beschäftigungspolitisch schädlich. Die IG Metall sei, und das wüssten die Arbeitgeber auch genau, zu keiner Vereinbarung bereit, die Arbeitsplätze vernichten würde. Sie sei auch nicht bereit, unbezahlte Arbeitszeit zu ermöglichen. „Leistung ohne Gegenleistung zu verlangen, das ist unanständig. Das würden Sie sich als Unternehmer auch nicht bieten lassen.“

Unser Verhandlungsführer unterstrich noch einmal, dass die IG Metall bereit sei, über eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit zu reden. Doch Arbeitgeber-Verhandlungsführer Kaufmann ging darauf nicht ein. „Die Unternehmen brauchen Entlastung bei den Kosten“, machte er zum Schluss unmissverständlich klar, worum es den Arbeitgebern in dieser Tarifrunde geht: Sie wollen den Beschäftigten Zeit und Geld abnehmen.

Die nächste Verhandlung ist am 4. Februar.

ZUR SACHE

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, unsere Forderung sei moderat, da müsste eine rasche

Einigung möglich sein. So der Tenor vieler Kommentare. Die Arbeitgeber allerdings sind drauf und dran, sie Lügen zu strafen. Weil sie sich so verhalten, wie sie es uns immer vorwerfen: als Konfliktverschärfer und Blockierer. Völlig unnötig belasten sie die Tarifrunde mit abenteuerlichen Gegenforderungen. Abenteuerlich, weil sie den Beschäftigten Arbeitszeiten über 40 Stunden pro Woche, weniger Urlaub und so eine kräftige Senkung des Stundenverdienstes zumuten wollen. Und weil mit der von ihnen geforderten Ausweitung der Arbeitszeit bundesweit zwischen 300 000 und 400 000 ihre Jobs verlieren würden. Die Arbeitgeber wissen, dass dies für uns unzumutbar ist. Weil sie dennoch solche Gegenforderungen aufmachen, programmieren sie den Konflikt. Wir werden ihm um unserer Selbstachtung willen nicht ausweichen können. Wenn die Arbeitgeber in der Arbeitszeit-Frage nicht einlenken, werden wir unsere Bereitschaft zum Konflikt betrieblich und öffentlich demonstrieren müssen. Erste Gelegenheit dazu ist in der Woche vom 26. bis 30. Januar. Macht mit bei den auf der Rückseite angekündigten Aktionen.

Klaus Mehrens
Bezirksleiter

ARBEITSZEIT-BESTIMMUNGEN WIEDER IN KRAFT

38 bleibt festgeschrieben

Die im Rahmen der gescheiterten Tarifbewegung für die 35-Stunden-Woche zum 30. April 2003 gekündigten Tarifbestimmungen sind seit 1. Dezember 2003 wieder in Kraft. Darauf haben wir uns in allen Tarifgebieten Ost mit den Arbeitgebern geeinigt. Die tarifliche Wochenarbeitszeit von 38 Stunden ist nach

dieser Einigung bis Ende Januar 2008 festgeschrieben. Der an die Arbeitszeit-Bestimmungen gekoppelte Tarifvertrag zur Beschäftigungsbrücke ist ebenfalls seit dem 1. Dezember 2003 wieder in Kraft. Damit bleibt unter anderem die zwölfmonatige Übernahme der fertig ausgebildeten Jugendlichen gesichert.

Öffnung würde eine Spirale nach unten in Gang setzen

Die Arbeitgeber wollen eine Öffnung der Tarifverträge dergestalt, dass Arbeitszeitverlängerung und deren Bezahlung betrieblich geregelt werden können. Das lehnt nicht nur die IG Metall, das lehnen auch die Betriebsräte ab.

„Wir wollen die Länge und Bezahlung der Arbeitszeit nicht betrieblich regeln.“ Mit dieser klaren Feststellung wandte sich Ralf Helbig, Betriebsratsvorsitzender bei Bosch in Eisenach und Mitglied unserer Verhandlungskommission, strikt gegen

die von den Arbeitgebern geforderte Öffnung. Auch die Betriebsratsvorsitzende Birgitt Schwab von Alcatel SEL in Arnstadt, ebenfalls Mitglied unserer Verhandlungskommission, sprach sich vehement gegen eine solche Öffnung aus. „Mir hilft der Tarifvertrag, außerdem schützt er die Kolleginnen und Kollegen“, will auch sie, dass Tariffragen nicht den Betriebsparteien überantwortet werden. „Wenn's so käme, wär's mit der Ruhe in den Betrieben vorbei“, hatte zuvor unser Verhand-

lungsführer Klaus Mehrens gewarnt. Er hatte auch und vor allem der Arbeitgeber-Behauptung widersprochen, hier handle es sich um „freiwillige Vereinbarungen“, die nur in Einzelfällen Anwendung finden würden. „Wenn einer damit anfängt, dann müssen und werden die anderen aus Konkurrenzgründen nachziehen“, sagte er eine nicht zu stoppende Spirale verlängerter Arbeitszeiten ohne Bezahlung voraus. Was eine solche Verschlechterung beim Geld bedeuten

würde, zeigt dieses Beispiel: Ein Beschäftigter in Lohngruppe 6 mit zehnpromtender Leistungszulage hat derzeit bei 38 Stunden pro Woche einen Stundenverdienst von 11,96 Euro. Dieser würde sich bei einer Arbeitszeitverlängerung auf 40 Stunden auf 11,37 Euro verringern. Das wäre ein Verlust von 0,59 Euro oder 4,93 Prozent pro Arbeitsstunde. Dieser Verlust würde sich bei einer Arbeitszeitverlängerung um 40 plus x mit jeder Stunde mehr um jeweils fast 2,5 Prozent vergrößern.

SIE TRINKEN WEIN UND PREDIGEN WASSER

Unanständig!

Über 40 Stunden pro Woche und Urlaubskürzungen wollen uns die Arbeitgeber zumuten. Das alles soll ohne Lohnausgleich möglich sein. Nur wenn wir das schlucken, sind sie zu einer minimalen Erhöhung der Tarife bereit. Dieses abgestandene Wasser sollen wir trinken, während sie selbst besten Wein schlürfen.

Nach Angaben der Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz haben sich die Vorstände der Dax-Unternehmen in 2002 (neuere Zahlen liegen nicht vor) im Schnitt rund 7,4 Prozent mehr genehmigt als im Jahr zuvor. Ihre Jahresgehälter 2002 lagen bei durchschnittlich 1,25 Millionen Euro. Mit an der Spitze liegen die Steigerungen bei DaimlerChrysler. Laut „Manager-Magazin“ stieg dort die Pro-Kopf-

Vergütung des Vorstands im genannten Zeitraum um satte 131,6 Prozent. Bei Siemens betrug diese Steigerung 89,9 Prozent. Bei der Deutschen Telekom 81,3 Prozent, obwohl sich der Verlust je Aktie verfünffacht hatte.

„Das ist ein obszöner Vorgang“, kommentierte Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) diese Praxis. Und sie wird noch unanständiger, wenn man bedenkt, dass die selben Vorstände voll hinter dem Verzicht stehen, den die Metall-Arbeitgeber von den Beschäftigten fordern.

Vorstandsvergütung pro Kopf (in Millionen Euro)

Konzern	2002	2001	Steigerung
Infineon	0,9	0,2	+ 277,0 %
DaimlerChrysler	3,9	1,7	+ 131,6 %
Siemens	2,0	1,1	+ 89,9 %
Deutsche Telekom	3,1	1,7	+ 81,3 %
RWE	1,6	1,0	+ 64,9 %

Quelle: „Manager-Magazin“ vom 23. Mai 2003

AKTIONSAHNRPLAN

Gegendruck!

Die Arbeitgeber wollen es offenbar wissen. Also sollen sie es auch wissen: Die Metallerrinnen und Metallerr weichen dem von ihnen geschürten Konflikt nicht aus. In der Woche vom 26. bis 30. Januar werden sie unüberhörbare Signale hierfür und für die Zeit nach Ende der Friedenspflicht setzen.

Mit einer arbeitszeitpolitischen Konferenz am Montag, 26. Januar, in Frankfurt geht's los. Funktionärinnen und Funktionäre aus unserem Bezirk sind eingeladen, sich mit Experten über die arbeitszeitpolitischen Gegenforderungen der Arbeitgeber auszutauschen.

An den drei Tagen danach werden Metallerrinnen und Metallerr sich jeweils in landesweiten Veranstaltungen für die Zeit nach Ende der Friedenspflicht warmlaufen. Die Serie beginnt am 27. Januar in Thüringen. Am 28. Januar geht's im Saarland und in Hessen los.

Am 29. Januar machen die Metallerrinnen und Metallerr in Rheinland-Pfalz mobil. Sie werden

Termine

- 26. Januar:** Arbeitszeitkonferenz in Frankfurt-Niederrad (Arabella-Hotel), Beginn: 10.30 Uhr
- 27. Januar:** Auftakt in Thüringen, Ort: Erfurt, center Brühl, Beginn: 17 Uhr
- 28. Januar:** Auftakt im Saarland (Ort: Turnhalle Saarbrücken-Brebach, Beginn: 15 Uhr) und in Hessen (Ort: Stadthalle Rüsselsheim, Beginn: 16.30 Uhr)
- 28. Januar, 24 Uhr:** Ende der Friedenspflicht
- 29. Januar:** Auftakt in Rheinland-Pfalz, Ort: Kaiserslautern (Fruchthalle), Beginn: 16.30 Uhr

öffentlich demonstrieren: Wir sind bereit, uns mit Warnstreiks für unsere Einkommensforderung und gegen Arbeitszeitverlängerung einzusetzen.